

Friedensordnung gestalten

Offener Brief an den Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestags

(an den Vorsitzenden des Ausschusses sowie an die Adresse des Ausschusses mit Bitte um Weiterleitung an alle Ausschussmitglieder)

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir wenden uns an Sie als die Mitglieder des Verteidigungsausschusses.

Uns bewegt ein Thema, das Ihre Zuständigkeiten betrifft. Da uns Transparenz in der politischen Kommunikation wichtig ist, nutzen wir die Form des offenen Briefes.

Angesichts der zunehmenden globalen Spannungen lud UN-Generalsekretär António Guterres im Jahr 2023 dazu ein, an Ideen für eine **Neue Agenda für Frieden (New Agenda for Peace)** mitzuwirken.¹ Wir, die Unterzeichnenden, sehen jedoch mit großer Besorgnis, dass geopolitische Konflikte von verschiedenen Seiten, auch unter Beteiligung Deutschlands, massiv verschärft wurden und werden, während ernsthafte Aktivitäten der deutschen Bundespolitik im Sinne einer globalen Friedensordnung gesellschaftlich nicht wahrnehmbar sind. Der UN-Impuls von **Neue Agenda für Frieden** hat das politische Deutschland anscheinend nicht erreicht.

Punkt 1: Prinzipielle, die ganze Gesellschaft betreffende, Fragen – wie jene über Krieg und Frieden – erfordern breite gesellschaftliche Debatten und den beständigen Dialog zwischen Bürgerschaft und Politik, welcher wechselseitig Wirksamkeit entfaltet. Die Entwicklungen hierzulande zeigen, dass die Politik dem nicht gerecht wird.

Dialog ist essenziell für eine lebendige und gelebte Demokratie, denn er gibt grundlegende Orientierungen für verantwortungsvolle politische Entscheidungen im Interesse der Bevölkerung, hier im Sinne des Friedens.

Wir erwarten von der Bundespolitik, dass sie sich wahrnehmbar in der UN-Initiative *Neue Agenda für Frieden*² engagiert, das Thema *Friedenspolitik* in die breite Öffentlichkeit trägt sowie entsprechende Dialogprozesse fördert und sich dort aktiv einbringt. Insbesondere erwarten und fordern wir von der Bundespolitik, dass sie konsequent gemäß dem grundgesetzlich fixierten Friedensgebot handelt.

Punkt 2: Das sicherheitspolitische Handeln der Bundesrepublik Deutschland ist militärisch dominiert. Wir vermissen hier zahlreiche starke diplomatische Initiativen.

- a) Bereits im Jahr 2019 publizierte die RAND Corporation Überlegungen, taktische US-Atomwaffen in Europa und Asien zu stationieren, um Russland zur kostenintensiven Aufrüstung zu zwingen und damit zu destabilisieren.³ Es besteht die berechnete Annahme, dass die von den USA ab 2026 geplante und von der Bundesregierung gebilligte Stationierung atomar bestückbarer Waffensysteme großer Reichweite in Deutschland absichtlich und gezielt zu einem hochriskanten Wettrüsten führen soll.
- b) Die Bundespolitik duldet es seit Jahren bis heute, dass die USA ihre militärischen Stützpunkte in Deutschland für völkerrechtswidrige Kriege⁴ und Drohnenmorde⁵ nutzen. Damit macht sich Deutschland mitschuldig am Töten und schwächt das Völkerrecht. Frieden erfordert dagegen Vertrauen und ein starkes Völkerrecht.

- c) Deutschland liefert seit Jahren Waffen in Kriegsgebiete⁶ und unterstützt auch anderweitig aktiv das Führen von Kriegen. Neben den Verstößen gegen das grundgesetzliche Friedensgebot sowie gegen völkerrechtliche Vereinbarungen werden auch Bestimmungen im *Zwei-plus-Vier-Vertrag*⁷ verletzt.

Solche Handlungen sind mit einer verantwortungsvollen Friedenspolitik unvereinbar. Sie widersprechen wesentlichen gesellschaftlichen Interessen und Werten. Nach unserer Auffassung agiert die Bundesregierung hier entgegen ihrem Amtseid.⁸

Punkt 3: Der Verteidigungsausschuss hat eine Kontrollfunktion gegenüber der Bundesregierung. Die obigen Beispiele verdeutlichen, dass diese Aufgabe auch schon in den vorangegangenen Legislaturperioden massiv vernachlässigt wurde.

Mit dem Wissen um die Komplexität geopolitischer Zusammenhänge sowie mit dem Wunsch, dass Visionen von einer globalen Friedensordnung endlich zur tragfähigen Realität werden, fordern wir von Ihnen als Mitglieder im Verteidigungsausschuss und des Deutschen Bundestags:

Setzen Sie sich bitte mit Nachdruck dafür ein, dass die Bundesregierung ihren außenpolitisch konfrontativen Kurs umgehend beendet und stattdessen alle erforderlichen diplomatischen Schritte unternimmt, die dazu beitragen, in Europa und global den Weg der Entspannung und der kooperativen Zusammenarbeit im Sinne einer tragfähigen Friedensordnung zu beschreiten.

Wir sind bereit, hierüber mit Ihnen inhaltlich ins Gespräch zu kommen.

Dieser offene Brief ist in der Zusammenarbeit vieler Menschen entstanden. Für Antworten und Reaktionen, die wir öffentlich behandeln, soweit Sie dem nicht widersprechen, nutzen Sie bitte unsere Kontaktadresse: dialog.friede@mailbox.org.

versandt am 10. Oktober 2024

unterzeichnet

- *Dialog für Frieden und Demokratie* (<http://dialog-friede.de/>)
- *Leipzig gegen Krieg* (<http://www.attac-leipzig.de/leipzig-gegen-krieg/>)
- *Petitionsbündnis* www.rosenblaetter-im-irrgarten.de
- *Frieden und Diplomatie* (<https://www.friedenunddiplomatie.de/>)
- *Welt ohne Waffen - Friedensinitiative Weimar* (<https://welt-ohne-waffen-weimar.de/>)
- *Attac Halle* (<https://www.attac-netzwerk.de/halle/startseite/>)
- *Bürgerinitiative OFFENE HEIDE* (<http://www.offeneheide.de>)
- *Offene Arbeit des Evangelischen Kirchenkreises Erfurt* (<https://offenearbeiterfurt.de>)

¹ <https://dppa.un.org/en/new-agenda-for-peace>

² <https://www.un.org/depts/german/gs/OCA-PB9.pdf>

³ https://www.rand.org/pubs/research_briefs/RB10014.html

⁴ <https://de.connection-ev.org/article-307>

⁵ <https://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/panorama/aktuell/USA-fuehren-Drohnenkrieg-von-Deutschland-aus.ramstein146.html>

⁶ <https://www.zdf.de/politik/kontext/krieg-deutsche-waffen-ruestungsindustrie-100.html>

⁷ <https://www.bpb.de/themen/deutsche-einheit/zwei-plus-vier-vertrag/>

⁸ https://www.gesetze-im-internet.de/gg/art_56.html